

# Die Erosion der Bilateralen IST SCHLECHT FÜR BEIDE SEITEN

Die Schweizer Europapolitik ist in der Krise. Nachdem sie während der Verhandlungen über das Rahmenabkommen zusehends blockiert war, ist das Verhältnis zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) nach dem einseitigen Gesprächsabbruch am 26. Mai 2021 offenkundig beschädigt. Ausschlaggebend für den Ausstieg aus den Verhandlungsgesprächen war für den Bundesrat das Beharren der EU-Kommission auf dem Unionsbürgerrecht, welches aus Sicht der EU als Teil der Personenfreizügigkeit auch für die Schweiz gälte.



Jan Atteslander,  
Leiter Aussenwirtschaft  
economiesuisse

Was ist seither geschehen? Die EU läutete eine Phase der «Erosion» ein. Das heisst, bestehende bilaterale Marktzugangsabkommen will sie nicht mehr aufdatieren. Als Erstes verkündete die EU am 26. Mai 2021, dass das bestehende Abkommen über technische Handelshemmnisse nicht mehr nachgeführt wird. Dadurch haben in der Schweiz hergestellte und zertifizierte Medizinprodukte die Teilnahme am europäischen Binnenmarkt verloren. Es braucht eine zusätzliche Zertifizierung in der EU sowie eine Vertretung in der EU. Völlig überraschend hat die EU diese Entscheidung aber wenige Wochen später informell zurückgezogen. Warum dieser Gesinnungswandel? Ein Rechtsgutachten des europäischen Verbands der Medizinbranche war zum Schluss gekommen, dass die EU-Kommission sowohl gegen EU- wie auch WTO-Recht verstossen hat. Doch der nächste Nadelstich liess nicht lange auf sich warten: Im Oktober hat die EU-Kommission die Schweizer Zertifizierungsstelle aus der Liste der europäischen Zertifizierungsstellen – Nando – gestrichen. Somit ist offen, ob die bereits ausgestellten Zertifikate weiterhin gültig sind.

## GLOBALER FORSCHUNGSPLATZ

Parallel zu dieser Entwicklung machte die Schweiz wie angekündigt beim Kohäsionsbeitrag Nägel mit Köpfen. Beide Räte haben den Schweizer Kohäsionsbeitrag in der Herbstsession verabschiedet. Die EU-Kommission hatte im Vorfeld signalisiert, dass eine solche Entscheidung der Schweiz zur Teilnahme am EU-Forschungsprogramm verhelfen könne. Seither gibt es in dieser Sache aber keine Fortschritte, die EU-Kommission hat kein Verhandlungsmandat.

Die Forschung und die betriebliche Innovationsförderung haben daher keinen direkten Zugang zu «Horizon Europe». Es ist völlig offen, wie stark sich dies auf die Attraktivität des Forschungsprogramms für Schweizer Forschende auswirkt. Gut denkbar, dass man sich vermehrt auf Partner ausserhalb der EU fokussieren muss. Spitzenforschung ist schon längst ein globales Unterfangen – der europäische Forschungsplatz wird so aber sicher nicht gestärkt.



Als erster EU-Staat legte dieses Land der EU-Kommission am 22. April 2021 einen Wiederaufbauplan für die Wirtschaft nach der Pandemie vor. Die Bewilligung durch die Kommission machte den Weg frei für Zuschüsse aus dem Recovery Fund in Höhe von 13,9 Milliarden Euro.

### NADELSTICHE SPÜRBAR

Es ist müssig zu fragen, wie sich ein solches Gebaren auf das Ansehen der EU-Kommission auswirkt. Tatsache ist aber, dass solche Nadelstiche die betroffenen Unternehmen wirtschaftlich schädigen. Das gilt übrigens auch für die Kunden und Lieferanten von Schweizer Unternehmen in der EU. Die Nadelstiche sind zudem nicht vereinbar mit den bestehenden Marktzugangsabkommen der Bilateralen I. Diese sind ja weiterhin in Kraft. Das Gebaren der EU mag zwar politisch nachvollziehbar sein, widerspricht jedoch dem völkerrechtlichen Prinzip, wonach internationale Verträge anzuwenden sind, solange sie nicht gekündigt sind.

Auch neue Abkommen im beidseitigen Interesse sind in weite Ferne gerückt – zu nennen sind hier Strom und Gesundheit. Kurz: Eine fortgesetzte Erosion der bilateralen Abkommen ist weder im Interesse der Schweiz noch der EU. ◇